

---

## Vorwort zur Neuausgabe

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage dieses Buches im November 2011 haben sich in Asien weitere schlimme Katastrophen in Textilfabriken ereignet. In Pakistan brannte im September 2012 die Fabrik Ali Enterprises mit rund 300 Toten ab. In Bangladesch hatte im November 2012 der Brand in der Fabrik Tazreen 112 Tote zur Folge, und durch den Einsturz im April 2013 des Rana Plaza Hochhauses, in dem fünf Textilfabriken untergebracht waren, sind 1127 Menschen ums Leben gekommen. 1650 Personen, die meisten davon Frauen, wurden zum Teil schwer verletzt, viele verloren Beine oder Arme. In allen Fabriken kauften europäische Unternehmen ein, darunter auch viele deutsche.

Wie viele Menschen müssen noch sterben und verstümmelt werden, bis endlich Unternehmen verantwortlich handeln?

Auch in anderen Branchen wie in der Mobiltelefonindustrie gibt es gewaltige soziale Probleme sowie Umweltprobleme. Beim Rohstoffabbau werden Kinder als Arbeiter in Minen eingesetzt, Ackerland und Flüsse werden verseucht und Bürgerkriege wie zum Beispiel im Kongo werden angeheizt.

Einerseits wird immer mehr über unternehmerische Sozialverantwortung oder „Corporate Social Responsibility“ (CSR) gesprochen, andererseits nimmt die Verlogenheit zu: Viele CSR-Maßnahmen sind reines Marketing und dienen nur dazu, den Umsatz zu steigern. So wirbt H&M mit einer „Conscious Collection“, die laut CEO Karl-Johan Persson „mit Rücksicht auf Mensch und Umwelt“ produziert wird. In Kambodscha aber werden Näherinnen, die für H&M-Zulieferer nähen, aufgrund von Mangelernährung ohnmächtig – unconscious – weil ihre Löhne zu niedrig sind.

CSR-Maßnahmen dienen allzu häufig nur der Schönfärberei. Mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft in Initiativen wie der Business Social Compliance Initiative (BSCI) glauben viele Unternehmen – branchenübergreifend von der Lebensmittel- bis zu Bekleidungsindustrie –, in Sachen Sozialverantwortung genug getan zu haben.

Das ist ein Trugschluss, denn die Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern europäischer Unternehmen in den Ländern Südasiens haben sich bisher nicht verbessert. Näherinnen in den Bekleidungsfabriken Bangladeschs, Indiens oder Kambodschas schufteten oft zehn, zwölf Stunden am Tag, manchmal sogar Nächte hindurch und erhalten nur einen Hungerlohn. Überstunden, Diskriminierung, Beschimpfungen und sexuelle Übergriffe gehören

zu ihrem Arbeitsalltag. Versuchen sie, sich in der Fabrik zu organisieren, werden sie bedroht oder gefeuert, aktive Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen riskieren ihr Leben.

Damit sich etwas ändert, darf es nicht bei freiwilligen CSR-Maßnahmen von Unternehmen bleiben. Denn viele freiwillige Maßnahmen dienen geradezu dazu, verbindliche gesetzliche Regulierungen zu verhindern. Sie sollen den Regierungen suggerieren, dass die Unternehmen freiwillig schon sehr viel tun, es also gesetzlicher Maßnahmen nicht bedarf. Diese aber sind dringend nötig, wie es 2011 auch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die EU-Kommission in ihrer CSR-Strategie empfehlen. Unternehmenshaftung (Corporate Accountability), rechtlich verbindliche Verpflichtungen, müssen eingeführt werden. Denn einerseits lassen Unternehmen in den Ländern produzieren, wo sie Kostenvorteile aufgrund niedriger Sozial- und Umweltstandards haben. Außerdem schützen bi- und multilaterale Investitionsabkommen die Unternehmen und erschweren es den Ländern im Süden, die Rechte ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber großen Unternehmen durchzusetzen. Andererseits können die gleichen Unternehmen nicht aufgrund von Arbeits- und Menschenrechtsverstößen ihrer Lieferanten in Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden. Opfer von Menschenrechtsverstößen haben keinen Anspruch auf Wiedergutmachung und Entschädigung. Diese Regulierungslücken zeigt der vorliegende Band auf, der mit über 35 Beiträgen von verschiedenen AutorInnen 2013 aktueller denn je ist. Denn: Leider hat sich in den letzten beiden Jahren wenig bis gar nichts getan. Deutschland hat noch immer keinen Plan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien entwickelt, wie von der EU-Kommission gefordert. Nur im Bereich Transparenz gibt es inzwischen einen Vorschlag der EU-Kommission zur Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen. Es wurden daher vor allem die Artikel im Kap. 6 überarbeitet, bei zahlreichen anderen Artikeln hatten die AutorInnen ebenfalls den Wunsch, Verbesserungen und Aktualisierungen vorzunehmen.

Eine Kombination von freiwilligen CSR-Maßnahmen von Unternehmen und gesetzlichen Vorschriften, die zu einer stärkeren Regulierung bis hin zu einer Unternehmenshaftung führen, ist nötig. Dieses Buch formuliert zum Schluss Forderungen an die Bundesregierung und die Politik zu den wichtigsten Bereichen, in denen es einer Regulierung bedarf.

Gisela Burckhardt

---

## Vorwort von Thomas Jorberg

Es gibt eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, dass das Ziel der Unternehmen und der Wirtschaft ist, Gewinne zu machen. Nachhaltigkeit ist dabei oft nur ein Synonym für Langfristigkeit und CSR bedeutet, dass man neben den ökonomischen nachgeordnet auch auf soziale und ökologische Kriterien achtet. Dabei eröffnet sich ein sogenanntes „Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie“. Das ist nachvollziehbar solange Gewinnmaximierung das oberste Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit bleibt und soziale sowie ökologische Kriterien nur Rahmenbedingungen sind, die es zu beachten gilt, damit die Kollateralschäden der ausschließlichen Orientierung auf der Gewinnmaximierung möglichst gering gehalten werden.

Die drei gängigen Dimensionen der Nachhaltigkeit „sozial, ökologisch, ökonomisch“ oder „people, planet, profit“ sind auch nicht gleichwertig, sozial und ökologisch schon gar keine Rahmen oder Nebenbedingungen von ökonomisch. In der GLS Bank haben wir die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit wie folgt formuliert und priorisiert:

1. Wirtschaft ist für die Menschen und deren Bedürfnisdeckung da (sozial/people).
2. Dies muss im Einklang sowie unter Bewahrung und Weiterentwicklung der Natur, der Schöpfung und des Klimas geschehen (ökologisch/planet).
3. Monetärer Gewinn ist eine Folge effizienten ökonomischen Handelns (ökonomisch/profit).

Im Prinzip ist der Sinn und Zweck von Wirtschaft ganz einfach die Befriedigung der unterschiedlichsten Bedürfnisse der Menschen durch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für Kunden. Der Gewinn ist dabei der Gradmesser, der aufzeigt, ob dieses Ziel effizient verfolgt wurde. Ökonomie ist die Methode, ein Ziel mit den geringstmöglichen Mitteln zu erreichen oder mit gegebenen Mitteln möglichst viel vom Ziel zu erreichen. Nachhaltigkeit heißt dementsprechend, den Menschen zu dienen mit dem geringstmöglichen Ressourcenverbrauch.

Im Rahmen eines solchen Verständnisses von Nachhaltigkeit wird deutlich, dass die Ökonomie eine dienende Funktion hat und somit nicht im Widerspruch zu sozialen oder ökologischen Fragen steht. In diesem Sinne steht das heutige Verständnis von Gewinn und Ökonomie auf dem Kopf. Das scheinbare Spannungsfeld löst sich auf, indem das ein-

zig sinnvolle Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit – die ganzheitliche Deckung menschlicher Bedürfnisse – wieder erste Priorität erlangt. Der Mensch mit seinen vielfältigen materiellen, emotionalen und geistigen Bedürfnissen als Käufer und Kunde ist der einzig sinnvolle Ausgangspunkt und das einzig sinnvolle Ziel unternehmerischer Tätigkeit. In dem Sinne ist CSR kein Mythos, sondern Ausweg aus den Krisen unserer Zeit.

Thomas Jorberg, Vorstandssprecher GLS Bank

---

## Vorwort von Klaus Priegnitz

Während einerseits Arbeitslosigkeit, Armut und Unsicherheit weltweit zunehmen, beherrschen andererseits Groß-Banken, Groß-Finanz und Groß-Unternehmen immer häufiger die Regierungspolitik. Die große Ungleichheit, die eine der Hauptursachen der weltweiten Wirtschaftskrise war, wächst weiter, und die Verletzung grundlegender internationaler Arbeitsnormen ist wiederum die Hauptursache für diese Ungleichheit.

Während sich diese Trends weltweit beschleunigen, sehen sich die Gewerkschaften in vielen Ländern schwersten Repressionen seitens Regierungen und Arbeitgebern gegenüber. Im Jahr 2010 wurden 90 Menschen aufgrund legitimer Gewerkschaftsaktivitäten getötet, weitere 75 erhielten Morddrohungen, 2050 wurden verhaftet und 5000 entlassen. Zahlreiche weitere Fälle werden nie bekannt, weil viele Beschäftigte, die Gewerkschaftsarbeit verrichten, eingeschüchtert werden und zu große Angst vor Repressalien haben, um sie anzuzeigen.

Alle Hoffnungen, die nach der großen Finanzkrise darauf ruhten, etwa eine Re-Regulierung der Finanzmärkte durch die Weltgemeinschaft der Staaten zu bekommen, haben sich als Illusion herausgestellt. Bis heute fehlt es auf internationaler Ebene an einer politischen und sozialen Einbettung der Wirtschaftsglobalisierung, es fehlt ein verbindliches internationales Regelwerk zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards bei der Globalisierung.

Die Debatte in den internationalen Organisationen über freiwillige Verhaltenskodizes von Unternehmen und Vereinbarungen bekam Ende der 90er Jahre durch den Global Compact und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen Konjunktur. Das Zauberwort hieß nunmehr Corporate Social Responsibility (CSR). Es wurde schnell deutlich: Einerseits gibt es einige Unternehmen, die willens sind, sowohl im Inland als auch im Ausland Transparenz und Rechenschaft über die sozialen und ökologischen Folgen ihres Handels abzulegen. Andererseits aber gibt es zahlreiche Unternehmen, die Schönfärberei betreiben: Sie prahlen damit, weltweit in ihrer gesamten Zuliefererkette die Qualität ihrer Produkte kontrollieren und garantieren zu können, aber im Bereich sozialer Rechte sind sie nicht in der Lage, verbindliche Aussagen über deren Einhaltung zu machen.

CSR allein ist nicht geeignet, das notwendige Niveau zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaften zu gewährleisten. Zusätzlich zu den Kernarbeitsnormen und weiteren Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, die lediglich Mindeststandards

bedeuten, können freiwillige Vereinbarungen mit Unternehmen einen zusätzlichen Beitrag leisten. Aber eines bleibt klar (Erklärung der G8-Arbeitsminister, Dresden 2007): „Es ist vor allem Aufgabe des Staates, Menschenrechte und Arbeitsnormen umzusetzen und zu verbessern“, ansonsten werden soziale Rechte faktisch privatisiert.

Klaus Priegnitz, Generalsekretär der Internationalen  
Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerkschaft (ITBLAV)

Corporate Social Responsibility - Mythen und  
Maßnahmen

Unternehmen verantwortungsvoll führen,  
Regulierungslücken schließen

Burckhardt, G. (Hrsg.)

2013, XXV, 227 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02841-1